

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landesrat Rudi Anschober

9. März 2018

zum Thema

"Ergebnisse des Anti-Atom-Gipfels"

**Bilanz, Ausblick & Präsentation der Studie über die Kriterien
der Endlager-Suche in Tschechien**

Weitere Referent/innen:

- Präs. Adalbert Cramer (FPÖ)
- Präs. Gerda Weichsler-Hauer (SPÖ)
- LAbg. Gabriele Lackner-Strauss (ÖVP)
- LAbg. Ulrike Schwarz (Grüne)
- DIⁱⁿ Beate Kallenbach-Herbert (Öko-Institut e.V.)
- DI Dalibor Strasky, Antiatom-Beauftragter des Landes OÖ
- Vertreter/innen der Vereine und NGOs

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

"Ergebnisse des Anti-Atom-Gipfels"

Bilanz, Ausblick & Präsentation der Studie über die Kriterien der Endlager-Suche in Tschechien

Beim diesjährigen Antiatomgipfel in den Linzer Redoutensälen wurde unter Leitung von Umwelt-Landesrat Rudi Anschober die zukünftige Antiatom-Arbeit des Landes zwischen allen Landtagsparteien, den NGOs aus Tschechien, Bayern und Oberösterreich koordiniert, Fachinputs von Expert/innen gegeben und Strategien und Schwerpunkte festgelegt. Dies mündet in einen Beschluss der Landesregierung für ein neues Antiatom-Maßnahmenpaket, das am Montag (12. März 2018) von LR Anschober in der Regierung eingebracht wird und mit 290.000 Euro dotiert ist.

Im Zentrum steht die gemeinsame Arbeit für einen schrittweisen, europaweiten Atomausstieg. Dazu setzt OÖ auf den wirtschaftlichen Hebel gegen Atomkraft.

LR Anschober: *„Wir haben jetzt alle Möglichkeiten und eine klare Strategie: wir wollen die Subventionen für Neubauten von AKW stoppen und die Laufzeiten von Atomkraftwerken beschränken. Gelingt uns beides in der EU, dann werden wir einen schrittweisen europaweiten Atomausstieg schaffen. Das ist unser großes Ziel. Und wir wollen die Endlagersuche als Druckmittel gegen den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken nützen: solange der Ausstieg aus Atomkraftwerken in den Nationalstaaten nicht beschlossen ist, werden wir der Endlagersuche - etwa in Tschechien - nicht zustimmen. Unser Vorbild ist der deutsche Atomausstieg, der erfolgreich umgesetzt wird - bereits 10 Reaktoren sind abgeschaltet, die restlichen 7 folgen in den nächsten Jahren bis 2022.“*

Einerseits kämpft Oberösterreich für ein Verbot von staatlichen Subventionen für AKW-Neubauprojekte, etwa durch die Nichtigkeitsklagen der Republik gegen die Atomprojekte Hinkley Point (GB) und Paks (HU). Andererseits soll eine EU-weite Begrenzung von Laufzeitverlängerungen und grenzüberschreitenden UVPs für alte AKW erreicht werden. Dass ein Atomausstieg nicht nur machbar ist, sondern wirtschaftliche Vorteile bringt, zeigt die aktuelle Studie des SERI-Instituts.

LR Rudi Anschober: *„Mit den Mitteln der öö. Antiatomarbeit wollen wir Aufklärung und Information sowie Lobbyarbeit bei Politiker/innen v.a. in Prag und Brüssel vorantreiben und die von mir gegründete "Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg"*

massiv stärken. Mittlerweile sind bereits 16 Regionen Mitglied der Allianz, weitere Beitritte sind in Vorbereitung. Am 23. April wird die Allianz in Mainz ihre nächste Konferenz abhalten. Mein Ziel ist es, mit der Allianz ein starkes europaweites Gegengewicht zur sehr starken europäischen Atomlobby aufzubauen."

Die beiden nächsten Termine der oö. Antiatom-Arbeit:

- **11. April: Nuclear Energy Conference (NEC)** zum Thema „Atomarer Abfall — das ungewollte Erbe der Kernenergiewirtschaft“ in Prag. Informationen unter: <https://nec2018.eu/de/>
- **23. April 2018:** 3. Treffen der von LR Anschober gegründeten **Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg** auf Einladung des Allianz-Mitglieds Rheinland-Pfalz nach Mainz mit dem Ziel, gemeinsame Positionen und Aktivitäten zu erarbeiten.

Zweiter Landtagspräsident DI Dr. Adalbert Cramer: Starker Partner gegen

Atomkraft: Vor sieben Jahren verursachten Erdbeben und Tsunami einen Gau im Atomkraftwerk Fukushima. Die Folgen sind noch heute verheerend. Um solche Katastrophen in unserem Land zu verhindern, bedarf es der Schließung grenznaher, gefährlicher Atomkraftwerke wie Dukovany oder Temelin. *"Wir müssen alles daran setzen, dieser gefährlichen Technologie den Riegel vorzuschieben".*

"Wir müssen die Lehren aus den Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima ziehen. Jeder Euro, der für den Ausbau in erneuerbare Energien verwendet wird, ist ein Euro in eine atomfreie und umweltschonende Zukunft. Wir sagen klar NEIN zur Atomkraft und zu Atomrestmülllagern in Grenznähe zu Österreich. Ein europaweiter Ausstieg aus der Atomenergie ist für uns der einzige richtige Weg, um zukünftige Generationen zu schützen", so Cramer.

Dritte Landtagspräsidentin Gerda Weichsler-Hauer: Zwischenlager verhindern!

„Von einem Atommüll-Zwischenlager gehen genauso große Gefahren für Grund- und Flusswasser aus, wie von einem Endlager in oö. Grenznähe. Daher appelliere ich an die zuständige Ministerin Köstinger, alles zu unternehmen, um ein böses Ende für Oberösterreich bereits bei angedachten Zwischenlagern rechtzeitig zu verhindern!“

Landtags-Abgeordnete Gabriele Lackner-Strauß:

„Wir müssen auf allen Ebenen vehement gegen den Einsatz von Atomkraft vorgehen. Jedwede Subventionierung, die entsprechende Kraftwerke unterstützt, ist abzulehnen. Ich unterstütze deshalb ausdrücklich das Vorhaben der Bundesregierung, dass Klage gegen den Ausbau des Ungarischen Atomkraftwerks Paks eingereicht wird!“

Landtags-Abgeordnete Ulrike Schwarz:

„Der Widerstand der tschechischen Bevölkerung bei der Endlagersuche zeigt, wie wichtig es ist, weiter zu sensibilisieren und zu informieren. Aber auch in Österreich dürfen wir nicht aufhören, gerade die Jugend, über Zusammenhänge und die Machenschaften der Atomstrom-Lobby aufzuklären. Daher ist es wichtig, dass NGOs und Politik weiter intensiv zusammenarbeiten. Danke an alle, die unermüdlich gegen Atomkraft und für erneuerbare Energie eintreten.“

Neue Studie: Analyse der tschechischen Kriterien für die Suche nach dem „sichersten“ Endlager-Standort

Im Auftrag der Landesregierungen von OÖ und NÖ hat das Öko-Institut den aktuellen Stand des tschechischen Auswahlverfahrens für ein Endlager für im Wesentlichen hoch radioaktive Abfälle mit Fokus auf die dort angewendeten Kriterien analysiert.

Wichtigste Aussagen der Endlagerstudie CZ:

- Standortbezogene Erkundungsprogramme sind nicht umfassend genug vorgesehen bzw. auf zu wenig potentiellen Standorten geplant.
- Eine sicherheitstechnisch basierte Standortauswahl scheint nicht sichergestellt (zeigt sich an den definierten Ausschlussmerkmalen im Kriterien-Leitfaden sowie an fehlenden, konkreten Indikatoren für die sicherheitstechnischen (Mindest-)Anforderungen).
- Umgekehrt wird die Umsetzbarkeit aufgrund geringerer Widerstände in der Bevölkerung stärker gewichtet. Was dazu führt, dass eine

sicherheitsbasierte Standortauswahl in diesem Fall überhaupt nicht gewährleistet wäre.

- **Im tschechischen Kriterien-Leitfaden fehlt ein klares Bekenntnis zum Primat der Sicherheit: Er lässt zu, dass an einem ggf. sicherheitstechnisch besser geeigneten Standort beispielsweise Anrainerwiderstände zu einem Ausschluss des Standorts führen, und dass in der Konsequenz ein weniger sicherer Standort ausgewählt wird.**

Basierend auf den Erkenntnissen der Endlagerstudie erscheinen folgende weitere **Schritte für NÖ und OÖ** zweckmäßig:

- Ausschöpfen (Ergreifen) aller (rechtlichen) Möglichkeiten zur Vermeidung negativer Auswirkungen auf Österreich durch ein grenznahe Atomwülldager.
- Möglichst frühzeitig eine transparente Suche, ein klares Bekenntnis zum Primat der Sicherheit und ein nachvollziehbares Auswahlverfahren mit ausreichender grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung für einen Atomwülldagerstandort in der Tschechischen Republik bei den tschechischen Behörden einfordern.